

Liberalen wollen die reale Welt verbessern. Sie interpretieren aber die Probleme dieser Welt nicht als Folge von Handeln und Einfluss grosser Konstrukte wie Nationen, Klassen oder irgendwelcher Normen, sondern als komplexes Aggregat aus individuellen Handlungen. Im Zentrum liberalen Denkens stehen deshalb immer die Menschen mit all ihren Facetten: Sie wollen gut leben, haben aber unterschiedliche Bedürfnisse und Fähigkeiten. Sie sind soziale Wesen, verfolgen aber auch eigene Ziele. Sie sind recht intelligent, aber das Denken strengt sie gleichwohl an. Deshalb reagieren sie zwar systematisch auf Anreize, sind jedoch nie «vollständig informiert» und machen oft Fehler. Kurz: Menschen sind weder Egomane noch allwissende Engel oder folgsame Schafe, sondern ein zu meist sympathisches Zwischendurch.

Für Markt und Wettbewerb

Auf diesem realistischen Menschenbild fusst das liberale Programm: Menschen und ihre Probleme sind so unterschiedlich, dass Ausserstehende sie oft missverstehen und es selten gute Einheitslösungen gibt. Deshalb vertrauen Liberale zur Lösung wirtschaftlicher und politischer Probleme nicht auf «Planung von oben», sondern auf «Innovation von unten» sowie Vielfalt.

Weil Menschen auch eigene Ziele verfolgen und Fehler machen, braucht es im wirtschaftlichen Bereich den Markt und Wettbewerb als Disziplinierungs- und Entdeckungsverfahren. Aus dem gleichen Grund ist aber auch Marktversagen allgegenwärtig. Wenn Menschen nicht alle von ihnen verursachten Kosten tragen müssen, verhalten sie sich tendenziell als Freifahrer. Öffentliche Güter wie Umweltqualität oder öffentliche Sicherheit werden übernutzt und nicht im richtigen Ausmass bereitgestellt. Liberale sind deshalb nicht Prediger des perfekten Marktes, sondern Spezialisten für Marktversagen und dessen Heilung.

Menschen handeln aber auch im politischen Bereich mitunter eigennützig und fehlerhaft. Auch Politiker und Wähler sind Menschen, also weder allwissende Engel noch Schafe. Deshalb sind Liberale auch gegenüber dem politischen Prozess kritisch-konstruktiv und fordern politischen Wettbewerb als Disziplinierungs- und Entdeckungsverfahren. Im politischen Bereich ist Marktversagen be-

Auch Politiker und Wähler sind Menschen, also weder allwissende Engel noch Schafe.

sonders wichtig. Denn auch Politik ist ein Markt: der Markt für politische Dienstleistungen. Da tauschen Politiker und Parteien als Anbieter sowie Bürger und Interessengruppen als Nachfrager verschiedene politische Leistungen aus. Bezahlt werden sie mit Wählerstimmen, Parteispenden und anderen Zuwendungen. Die Anreize der Bürger, sich vernünftig zu verhalten, sind kleiner als in wirtschaftlichen Märkten. Ein einzelner Wähler hat kaum Einfluss auf die gesellschaftliche Entscheidung und deshalb keine Anreize, sich gut zu informieren oder für das zu stimmen, was er wirklich als Lösung will. Vielmehr kann er an der Urne seine Gefühle frei ausleben und gratis protestieren, moralisieren oder Stärke markieren. Wenn sich aber viele Wähler so verhalten, können Ergebnisse resultieren, die sie gar nicht wirklich wollten.

Aus diesen einfachen Grundlagen folgen die allermeisten liberalen Empfehlungen zu Politik und Wirtschaft, etwa die folgenden:

■ **Preis- statt Mengensteuerung.** Je unterschiedlicher Menschen und ihre Lebensbedingungen sind, desto eher sollte im Bedarfsfall ihr Verhalten mit Preisen statt Verhaltensvorschriften gesteuert werden. Letztere können der speziellen Situation jedes Einzelnen kaum gerecht werden, wohingegen Ersterer dem Einzelnen eine optimale Anpassung erlauben. Diese liberale Standardregel wird heute auch von angeblich liberalen Parteien oft ignoriert. Ein Beispiel ist der Verkehrsbereich. Der private Verkehr verursacht heute ungedeckte Umwelt- und Unfallkosten von amtlich geschätzten 6,3 Milliarden Franken jährlich. Deshalb wird er durch verschiedenste Massnahmen stark eingeschränkt und der öffentliche Verkehr mit rund 7 Milliarden Franken jährlich subventioniert. Die weit bessere liberale Alternative ist, mittels Mobility-Pricing allen Verkehrsbenutzern die von ihnen verursachten Kosten anzulasten und dafür Vorschriften und Behinderungen abzubauen. Sobald der Privatverkehr seine Kosten voll trägt, gibt es auch keinen Grund mehr, den öffentlichen Verkehr zu subventionieren. Dank den staatlichen Mehreinnahmen und Minderausgaben von rund 14 Milliarden Franken jährlich könnten die Einkommens- und Mehrwertsteuern massiv gesenkt werden. Ein anderes Bei-

Liberalismus ist menschlicher Realismus

Viele Menschen verbinden die Worte «Liberalismus», «liberal» und erst recht «neoliberal» mit «abgehoben, blutleer und kalt». Dabei stimmt das Gegenteil. Von Reiner Eichenberger

spiel ist die Zuwanderungspolitik, bei der die Politiker und Parteien mit unsinnigen bürokratischen Schutzklauseln, Vorrängen, Kontingenten und Quoten hantieren, statt einfach von Neuzuwandern für eine gewisse Zeit eine Aufenthaltsabgabe oder «Kurtaxe» zu erheben.

■ **Anreize aller relevanten Handlungsträger.** Die Standardargumente gegen Preislösungen sind hin-fällig, sobald sie mit realistischen politischen Alternativen verglichen werden. Ein zumeist vernachlässigter Einwand ist aber wichtig. Er folgt aus dem liberalen Weltbild. Nochmals zum Verkehrsbeispiel: Mit Mobility-Pricing könnten den Autofahrern auch die Staukosten überantwortet werden. Dadurch würde der Verkehr abnehmen und sich besser über den Tag verteilen, so dass kein Stau mehr entstehen und der Verkehr frei fließen würde. Mit den Einnahmen könnten diejenigen entschädigt werden, die dann aufs Autofahren verzichten, so dass alle profitieren. Diese schöne Perspektive vernachlässigt einen entscheidenden, liberalen Punkt: Staugebühren geben nicht nur den Autofahrern andere Anreize, sondern auch den Regierungen. Für sie würde es attraktiv, die Verkehrskapazität zurückzubauen, so dass die optimalen Staugebühren und die Staatseinnahmen steigen. Zudem könnten die Gebühren so festgelegt werden, dass sie vor allem Zupendler und den Durchgangsverkehr, nicht aber die Einheimischen belasten. Entscheidend für den Erfolg von Preislösungen ist deshalb, dass die Anreize aller relevanten Handlungsträger durchdacht und die Kompetenzen zur Preis- oder Gebührenfestlegung sowie die Mittelverwendung so festgelegt werden, dass keine Fehlanreize entstehen. Das aber wird in der Schweizer Diskussion zur Verkehrszukunft völlig vernachlässigt.

■ **Liberale Umverteilung.** Fast alle Menschen möchten, dass die Welt «gut und gerecht» ist. Folglich ist eine «gute und gerechte Welt» ein besonders wichtiges öffentliches Gut. Alle profitieren davon, wenn die Welt gerechter wird. Gerade daraus ergibt sich jedoch ein Marktversagen: Gerechtigkeit entsteht nicht automatisch am Markt. Umverteilung ist deshalb auch Staatsaufgabe. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit von Staatsversagen bei Umverteilungsmassnahmen besonders gross. Effektive Lösungen der Verteilungsprobleme bedingen riesige Mitteltransfers. So grosse Umverteilungsströme schaffen aber auf der Geber- und der Empfängerseite starke Anreize zur Verfälschung der

Reiner Eichenberger



tf. · Nimmt man die öffentliche Wahrnehmung als Mass, kann ihm in der Schweiz niemand das Wasser reichen: Im jüngsten NZZ-Ranking der einflussreichsten Ökonomen belegt Reiner Eichenberger in den zwei Unterkategorien Medien und Politik mit grossem Abstand den ersten Platz. Der 55-Jährige versteckt sich mit seinen Ideen nicht in der Studierstube. Seit 1998 Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, mischt sich Eichenberger mit Verve und Streitlust in aktuelle Debatten ein. Die Promotion und Habilitation in Volkswirtschaftslehre erlangte der ehemalige Assistent von Bruno S. Frey an der Universität Zürich.

Einkommenssituation. Zudem ziehen sie Missbrauch und Verschwendung an. Eine gerechtere Einkommensverteilung sollte folglich weniger durch Umverteilung von erarbeiteten Einkommen als durch Schaffung von Chancengleichheit angestrebt werden, insbesondere durch Aus- und Weiterbildung in allen Lebensaltern.

■ **Liberal aus Prinzip.** Der liberale Ansatz ist breit und offen, aber gerade daraus folgen klare Prinzipien. Beispielsweise bieten die verschiedenen Arten von Marktversagen vielerlei Argumente zur Begründung von Subventionen sowie protektionistischem Schutz vor internationalem Wettbewerb. Trotzdem sind Liberale gegenüber Subventionen grundsätzlich skeptisch und fast bedingungslos für Freihandel. Der Grund dafür ist, dass sie aufgrund ihres realistischen Menschenbilds Politikversagen erwarten, wenn Subventionen und Marktschutz zugelassen werden. Denn dann wollen viele die Regierung überzeugen, dass ausgerechnet ihre Branchen Subventionen und Marktschutz am meisten verdienen. Hohe Lobbying-Kosten, Korruption und Fehlentscheide sind also programmiert. Strikte Orientierung am Freihandel und strikte Zurückhaltung gegenüber Subventionen erscheinen deshalb im Einzelfall zuweilen als Prinzipienreiterei, sind aber kluge Regeln.

■ **Weniger behindern.** Gutes und Wünschenswertes sollte nicht unbedingt gefördert und subventioniert werden. Vielmehr sollte es vor allem nicht behindert werden. Ein Beispiel ist die Sicherung der Altersvorsorge angesichts der Überalterung. Dafür muss der Staat die Altersarbeit attraktiver machen. Dazu sollte er sie aber nicht – wie heute oft gefordert – durch Erhöhung des offiziellen Rentenalters zu erzwingen versuchen oder aktiv fördern, sondern er sollte sie weniger behindern als heute. Ich empfehle deshalb, einfach die Einkommenssteuern auf Arbeitseinkommen ab 66 oder 67 zu halbieren. So würde Altersarbeit attraktiv und schnell üblich. Die Investitionen der Arbeitgeber, Arbeitskollegen und der Alten selbst in ihre Fähigkeiten würden zunehmen, wodurch Altersarbeit noch produktiver und häufiger würde. So erhielte der Staat zusätzliche Steuereinnahmen. Zugleich würde sich mit der Steigerung des tatsächlichen Pensionsalters das heutige Kernproblem der Überalterung – dass mehr Rentner von weniger Arbeitstätigen ausgehalten werden müssen – ganz von selbst erledigen.

■ **Freiwillig ist gut.** Zur Steuerung menschlichen Verhaltens braucht es nicht Zwang, sondern kluge Anreize. Ein Beispiel sind Erbschaftssteuern. Sie sind heute Zwangsabgaben, die mit besonders hohen gesellschaftlichen Kosten verbunden sind, weil ihnen viele Betroffene mit grossem Aufwand auszuweichen versuchen. Als bessere Alternative empfehle ich die «freiwillige Erbschaftsteuer». Der Staat soll nicht wie bei herkömmlichen Erbschaftssteuern einen eigentlichen Pflichtteil erhalten, sondern er soll nur gesetzlicher Erbe sein. Beispielsweise könnte den Gemeinden, Kantonen und dem Bund ein gesetzlicher Erbteil von je 10 Prozent eingeräumt werden. Erblasser, die dem Staat nichts hinterlassen wollen, könnten ihn ganz einfach enterben, ohne teure juristische Kniffe und Konstrukte. Viele Erblasser aber, die ihre anderen Erben nicht besonders lieben, würden den Staat nicht enterben. Entsprechend erhielte der Staat ganz ohne gesellschaftliche Kosten einen schönen Zustupf – und er würde sich wohl bald in rührender Weise um potenzielle Erblasser kümmern.

■ **Zertifizieren statt Lizenzieren.** In vielen Bereichen sind die staatlichen Vorschriften zum angeblichen Schutz der Konsumenten einschneidend. Banken, die Baubranche, Restaurants, Kinderkrippen und viele andere Institutionen ächzen zunehmend unter den staatlichen Vorschriften. Die heutige Regulierung baut dabei stark auf Geboten und Verboten auf. Der Staat sagt, was zulässig ist, und erteilt dafür eine eigentliche Lizenz. Die liberale Alternative zu dieser Lizenzierung ist die Zertifizierung. Die Anreize der Anbieter, wirklich diejenigen Produkte und Leistungen zu liefern, welche die Konsumenten wollen, hängen stark von den Informationskosten der Konsumenten ab. Deshalb soll der Staat nicht vorschreiben, wie Banken bei der Kundenberatung vorgehen oder Restaurants und Kinderkrippen gebaut sein sollen, sondern er könnte dazu Empfehlungen erlassen und ein Gütesiegel «Nach den hehren Standards der Schweizerischen Eidgenossenschaft» vergeben. Zusätzlich könnten Anbieter ohne Zertifikat verpflichtet werden, im Internet in einfacher Art darzustellen, inwiefern sie die Anforderungen des Gütesiegels nicht erfüllen. Der Spielraum der Anbieter und Konsumenten sowie die Anreize des Bundes, seine Vorschriften zugleich konsumenten- und wirtschaftsfreundlich auszugestalten, wären bei staatlicher Zertifizierung wesentlich grösser als bei Lizenzierung.

■ **Liberale Institutionen.** Gegen die liberalen Rezepte wird oft eingewendet, Menschen seien doch nicht so mündig, wie es im Liberalismus angenommen werde. Sowohl wirtschaftliche Märkte wie auch wettbewerbliche politische Institutionen – etwa direkte Demokratie und kleinräumiger Föderalismus – bedingen, dass die Bürger über hohe Kompetenzen verfügen. Tatsächlich trifft das Gegenteil zu. Je unmündiger die Bürger sind, desto besser funktionieren die liberalen Konzepte verglichen mit ihren realen Alternativen. So sind zwar viele Bürger mit all den Entscheidungen in einer direkten Demokratie völlig überfordert. Das spricht aber gerade nicht gegen, sondern für direkte Demokratie und gegen repräsentative Demokratie. Denn es ist viel schwieriger, den richtigen Politiker zu wählen, als richtige Sachentscheidungen zu treffen. Immerhin müsste man antizipieren, welche Entscheidungen in den nächsten vier Jahren anfallen werden, was jeweils die richtige Entscheidung wäre und wie die zur Wahl stehenden Politiker dann wirklich entscheiden würden. Die Erwartung, dass eine Horde unmündiger Bürger systematisch mündige Politiker wählt, ist schlicht naiv. Und falls doch ein mündiger Politiker gewählt würde, hätte er denkbar schlechte Anreize, eine vernünftige Politik zu betreiben, denn schliesslich müsste er ja von unmündigen Bürgern wiedergewählt werden. Auch das Gegenargument, dass bei Wahlen die Bürger einfach diejenigen Politiker wählen können, die ihre Ideologie vertreten oder denen sie sonst vertrauen, zieht nicht. Denn diese Art der Entscheidungsvereinfachung existiert auch in der direkten Demokratie. Man kann ja einfach auf Parolen und Empfehlungen derjenigen Politiker und Interessengruppen hören, denen man ideolo-

Es ist viel schwieriger, den richtigen Politiker zu wählen, als richtige Sachentscheidungen zu treffen.

gisch nahesteht oder denen man sonst vertraut. Direkte Demokratie ist deshalb wie freie Arztwahl: Der Bürger kann bei jeder Entscheidung oder Politik-Krankheit entscheiden, von welchem Politik-Arzt er sich beraten lassen will. In der repräsentativen Demokratie hingegen kann man nur einmal alle vier Jahre entscheiden, welchem Politik-Arzt man die volle Behandlungsgewalt für die nächsten vier Jahre geben will, noch ohne zu wissen, welche Krankheiten bis dann auftreten. Ein ziemlich eigenartiges Konzept.

So oder so richtig

Abschliessend noch zum grossen Widerspruch im Gesagten. Aus den Überlegungen folgt etwas Unliberales: Realistisch betrachtet gibt es nur einen richtigen Ansatz, den liberalen. Denn die liberalen Rezepte folgen nicht nur aus dem spezifischen Menschenbild der Liberalen, sondern auch aus dem den Liberalismus auszeichnenden Realismus. Ob menschenfreundlicher oder menschenkritischer Realismus: Die liberalen Rezepte wie mehr Markt, Freiheit, Vielfalt, politischer Wettbewerb et cetera sind so oder so richtig.

Beim vorliegenden Text handelt es sich um die gekürzte Dankesrede, die der Autor im November in Zürich hielt, aus Anlass der Verleihung des Jahrespreises der Stiftung für Abendländische Ethik und Kultur (Stab).